



**ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE  
WIRTSCHAFTSPOLITIK**



Wilfried Kurtzke

# **MEMORANDUM Sommerchule 2010**

## **Arbeitszeitpolitik in der Krise**

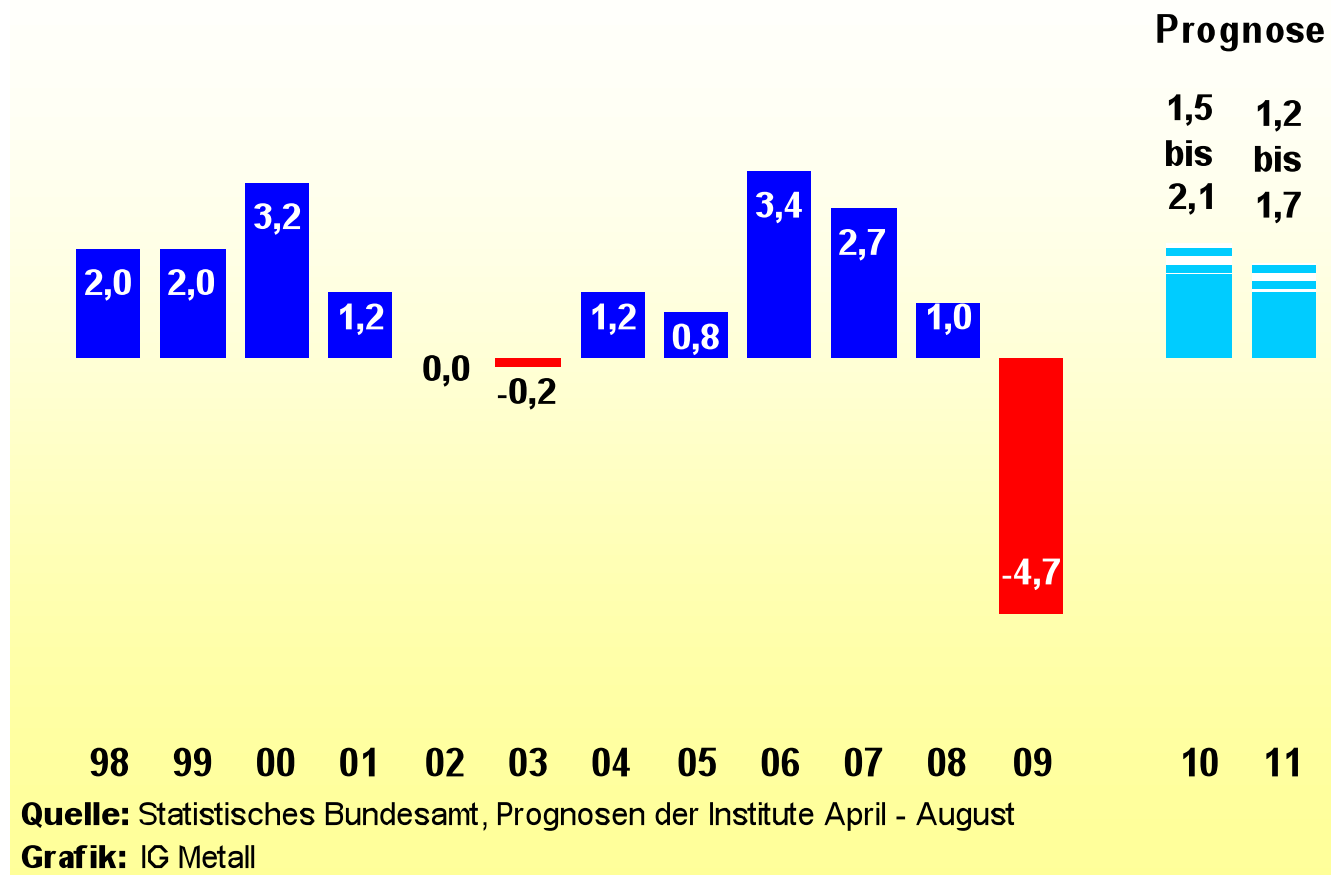
Wilfried Kurtzke

## **Der Arbeitsmarkt im Zeichen der Reformen**

- **Reformen schaffen nicht mehr Arbeit**
- **Arbeitszeitverkürzung als Instrument gegen die Krise**

## Wachstum nächstes Jahr geringer

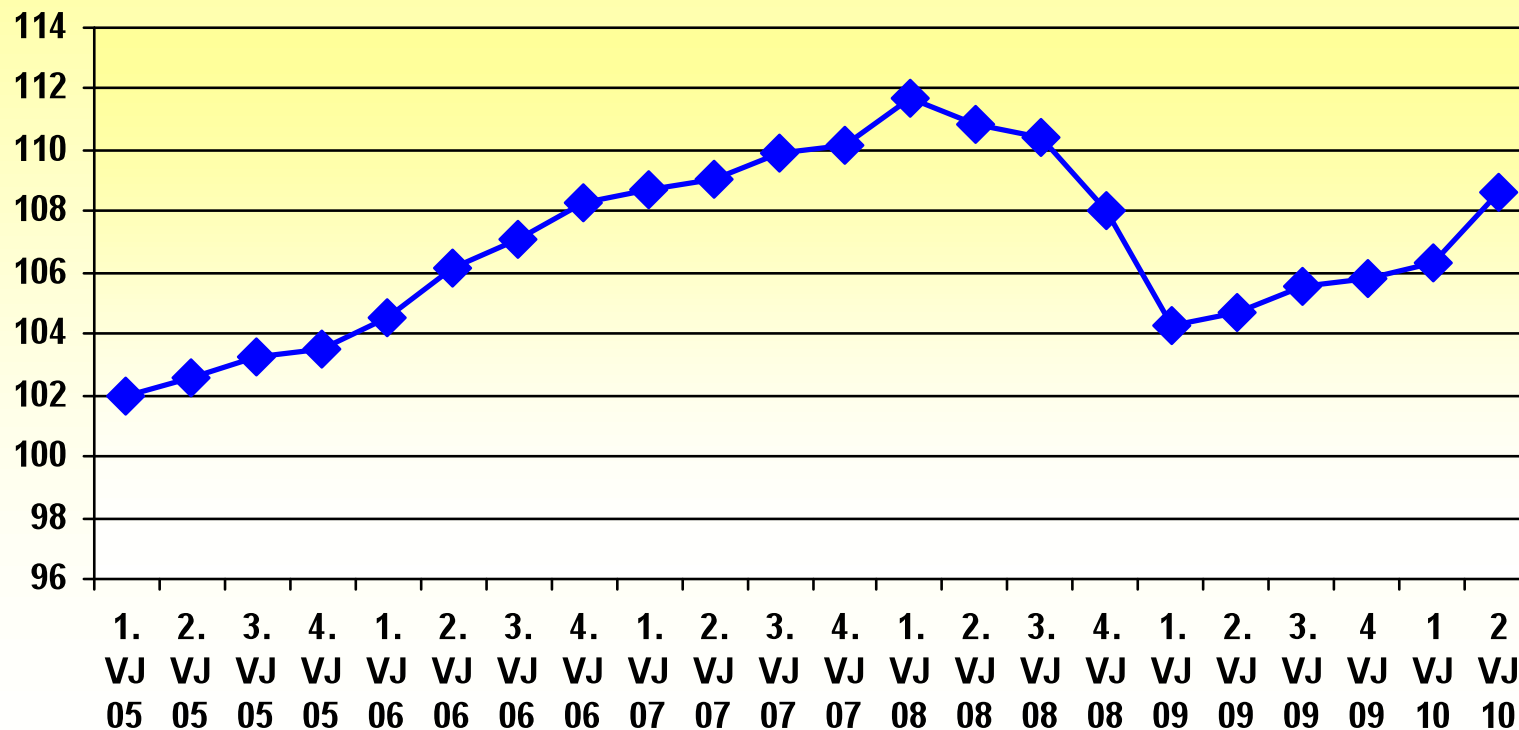
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) in Prozent



## Konjunkturverlauf

### Entwicklung des realen BIP

Indexwerte, 2000=100, saison- und kalenderbereinigt

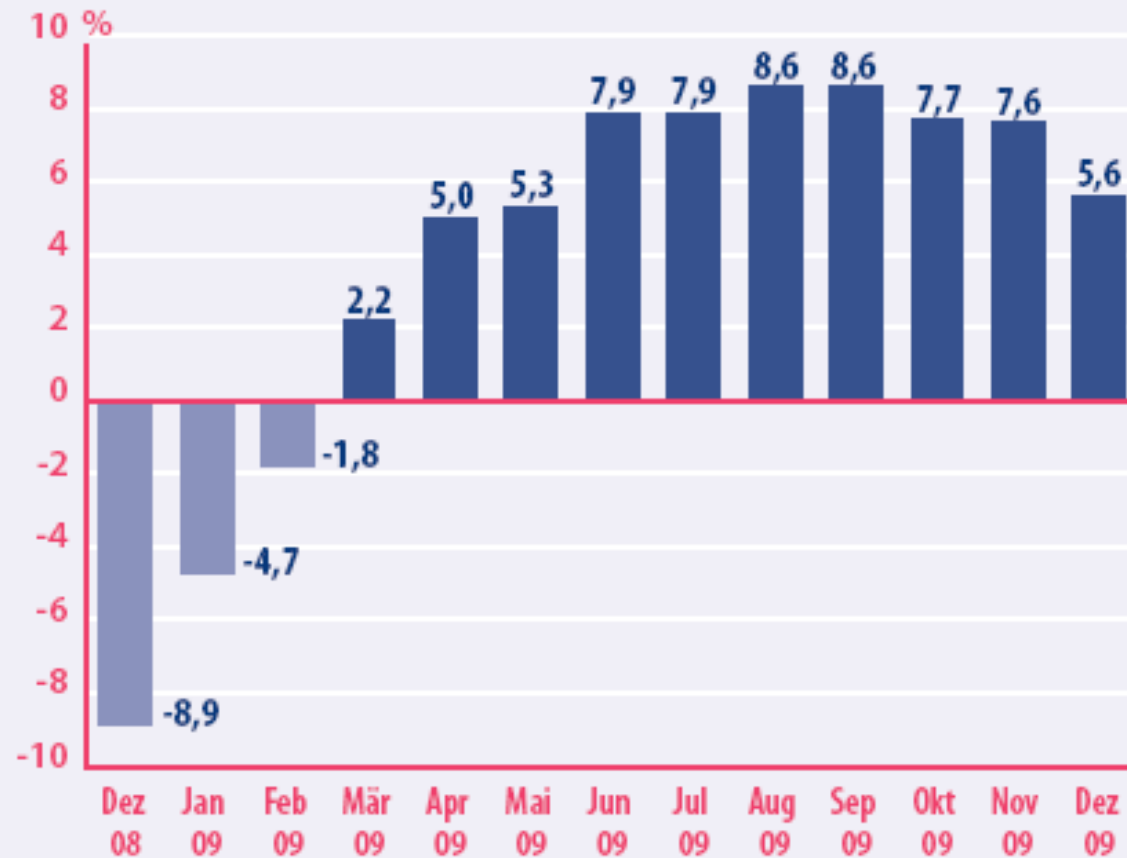


Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall

## Veränderung der Arbeitslosigkeit

Veränderung der Arbeitslosenzahl zum Vorjahresmonat in Prozent

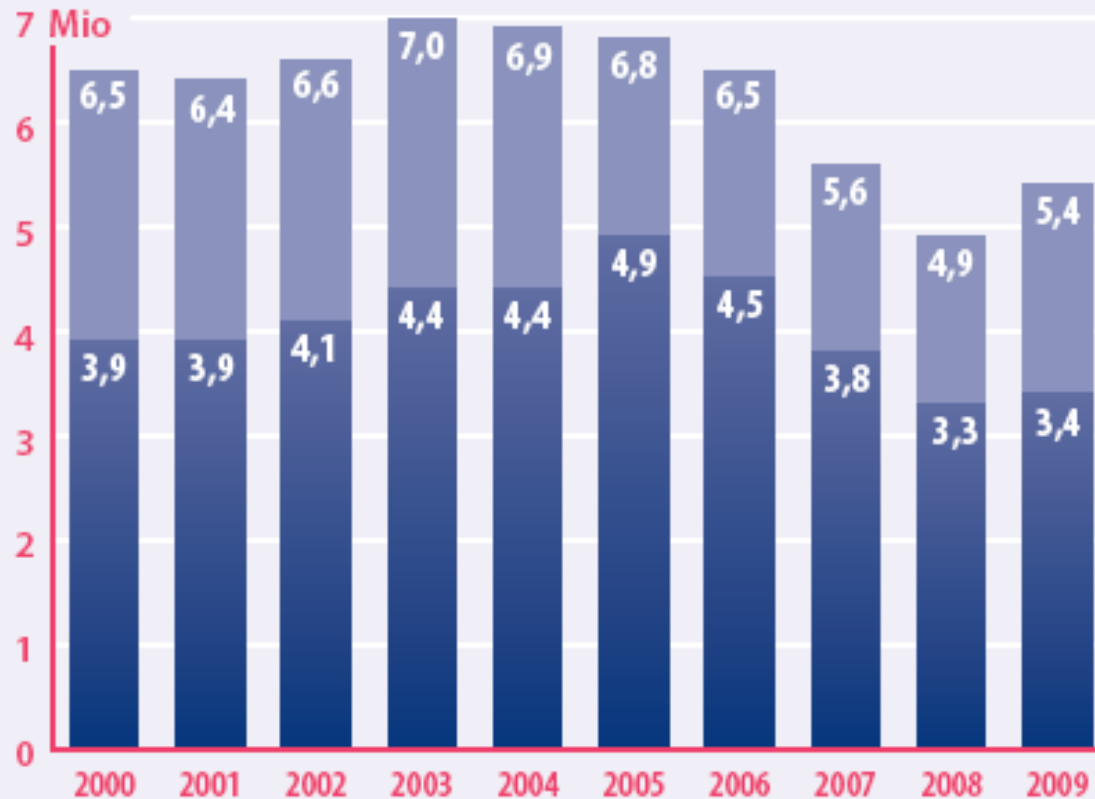


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

## Arbeitslosigkeit

■ Beschäftigungslücke insgesamt  
■ Registrierte Arbeitslose in Millionen



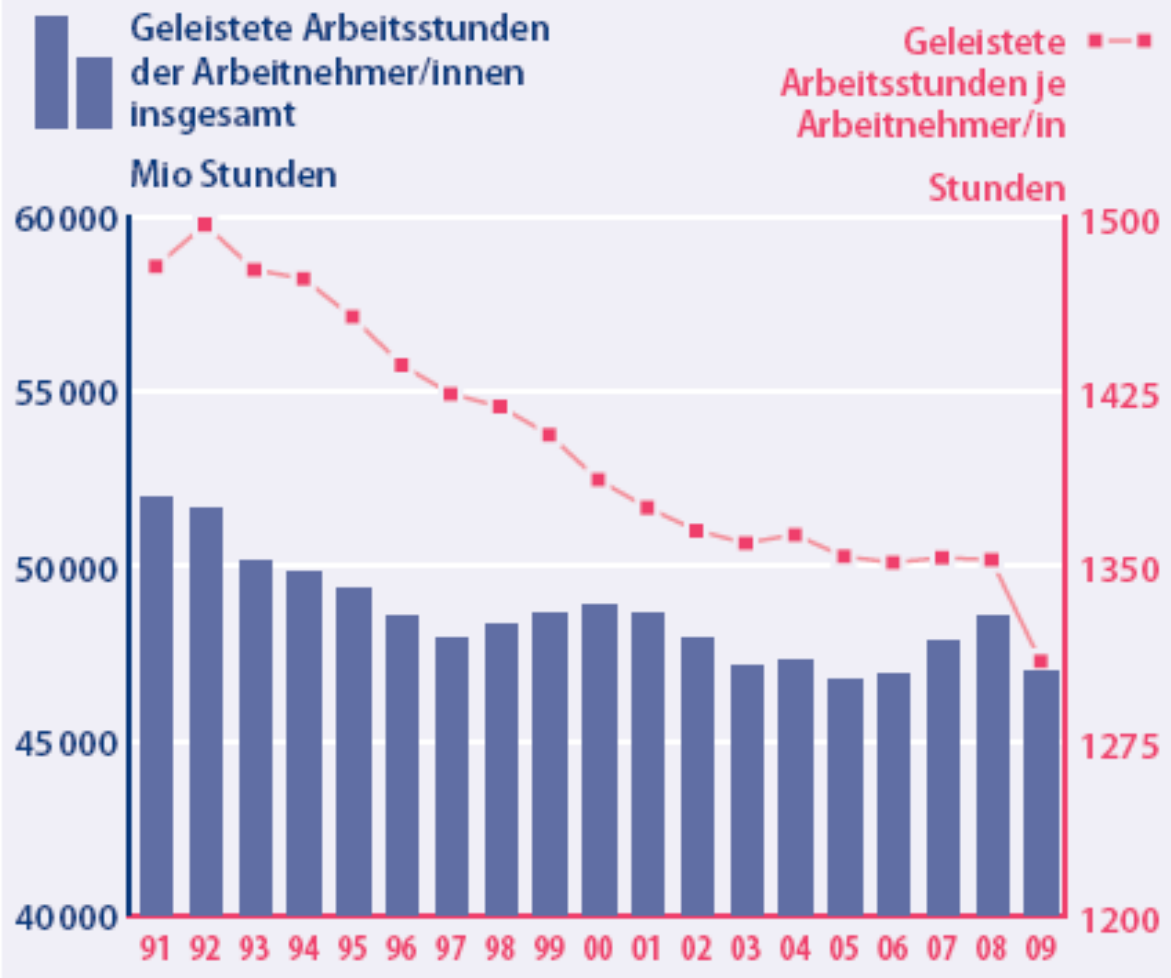
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAB und eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

<b>Tatsächliche Arbeitslosigkeit im August 2010</b>	<b>4.291.765</b>
<b>Offizielle Arbeitslosigkeit</b>	<b>3.188.122</b>
<b>Nicht gezählte Arbeitslose</b>	<b>1.103.643</b>
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II	circa 360.000
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I (§ 428 SGB III)	544
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	318.982
Berufliche Weiterbildung	183.377
Eignungsfeststellungs- u. Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining)	65
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	175.214
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	32.438
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	2.524
Kranke Arbeitslose (§ 126 SGB III)	30.499



## Geleistete Arbeitsstunden abhängig Beschäftigter



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

## Kein Beschäftigungswunder durch die Agenda 2010

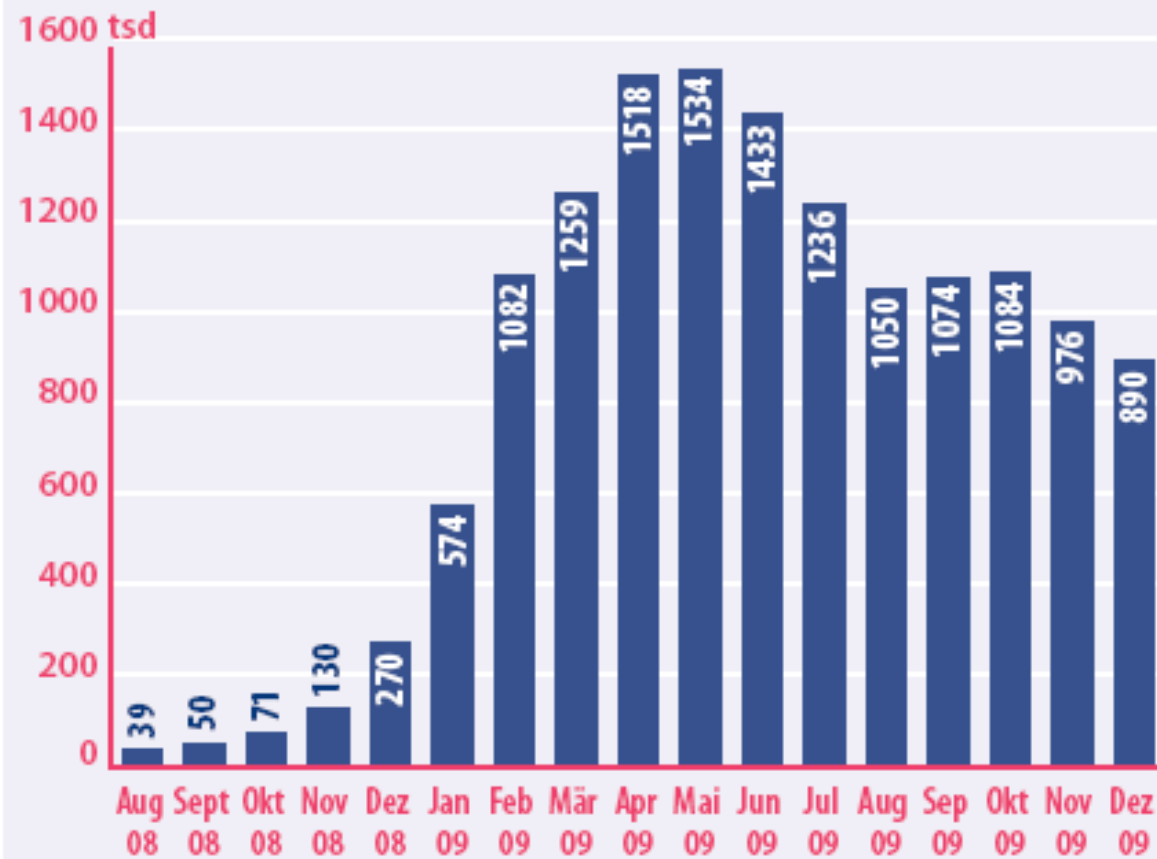
- Angeblich soll die Agenda 2010 den letzten Aufschwung beschäftigungsintensiver gemacht haben als andere zuvor. **Von 2001 bis 2008 war die Arbeitslosigkeit um 600.000 zurückgegangen.**
- Doch normale Vollzeitstellen sind sogar um zwei Millionen zurückgegangen. **Einen Boom gab es nur bei Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und Mini-Jobs.** Gemessen am Arbeitsvolumen war es ein normaler Aufschwung. Die Agendapolitik ist gescheitert.
- Sie war aber nicht folgenlos. Es wurde ein enormer Druck auf Arbeitslose und Beschäftigte aufgebaut. Die Arbeitsmarktpolitik war ein wichtiger Faktor, um das Lohnniveau in Deutschland zu drücken. **Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor.**

## Die Renaissance der Arbeitsmarktpolitik

- ➔ Angeblich soll die Agenda 2010 den letzten Aufschwung beschäftigungsintensiver gemacht haben als andere zuvor. **Von 2001 bis 2008 war die Arbeitslosigkeit um 600.000 zurückgegangen.**
- ➔ Doch normale Vollzeitstellen sind sogar um zwei Millionen zurückgegangen. **Einen Boom gab es nur bei Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und Mini-Jobs.** Gemessen am Arbeitsvolumen war es ein normaler Aufschwung. Die Agendapolitik ist gescheitert..
- ➔ Sie war aber nicht folgenlos. Es wurde ein enormer Druck auf Arbeitslose und Beschäftigte aufgebaut. Die Arbeitsmarktpolitik war ein wichtiger Faktor, um das Lohnniveau in Deutschland zu drücken. **Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor.**

## Kräftige Nutzung der Kurzarbeit

Anzahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter, in 1000 Personen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

# Kosten der Kurzarbeit

Bei Kurzarbeit wird die Arbeitszeit verringert und die Kosten werden auf BA, Arbeitnehmer und Unternehmen verteilt. Die Beschäftigten tragen ihren Anteil durch Einkommensverluste, die teilweise durch die BA erstattet werden. Unternehmen tragen indirekte Lohnkosten:

- Bezahlte Freistellungen (Urlaub, Feiertage)
- Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
- Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung
- Tarifliche Sonderzahlungen

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zur gesetzlichen Unfallversicherung entfallen für die Ausfallzeiten der Kurzarbeit, Kosten für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall trägt die BA. Bis 1988 wurden im Fall der Kurzarbeit alle Sozialversicherungsbeiträge von der BA bezahlt. Das wurde danach abgeschafft. Seit dem 01.02.09 beteiligt sich die BA im Rahmen des Konjunkturpaketes II wieder daran.

Im Falle der Kurzarbeit verbleiben dem Unternehmen für die Arbeitsausfallzeit als Remanenzkosten bei 50-prozentiger Erstattung der SV-Beiträge 35 Prozent und bei 100-prozentiger Erstattung der SV-Beiträge 24 Prozent der Personalkosten.

Im Zeitraum von Januar bis November 2009 wurden von der BA für konjunkturelle Kurzarbeit insgesamt 4,062 Mrd. Euro aufgebracht.

# Deregulierung: Politik begünstigt Leiharbeit

## •Regierung Kohl: 1985 bis 1997:

- Maximal erlaubte Überlassungsdauer wird schrittweise von 3 auf 12 Monate verlängert
- Synchronisation wird erlaubt (Arbeitsvertrag darf nun auf Ersteinsatz begrenzt werden)
- Einmalige Befristung ohne sachlichen Grund wird erlaubt
- Zulassung von lückenlos aufeinander folgenden Befristungen.

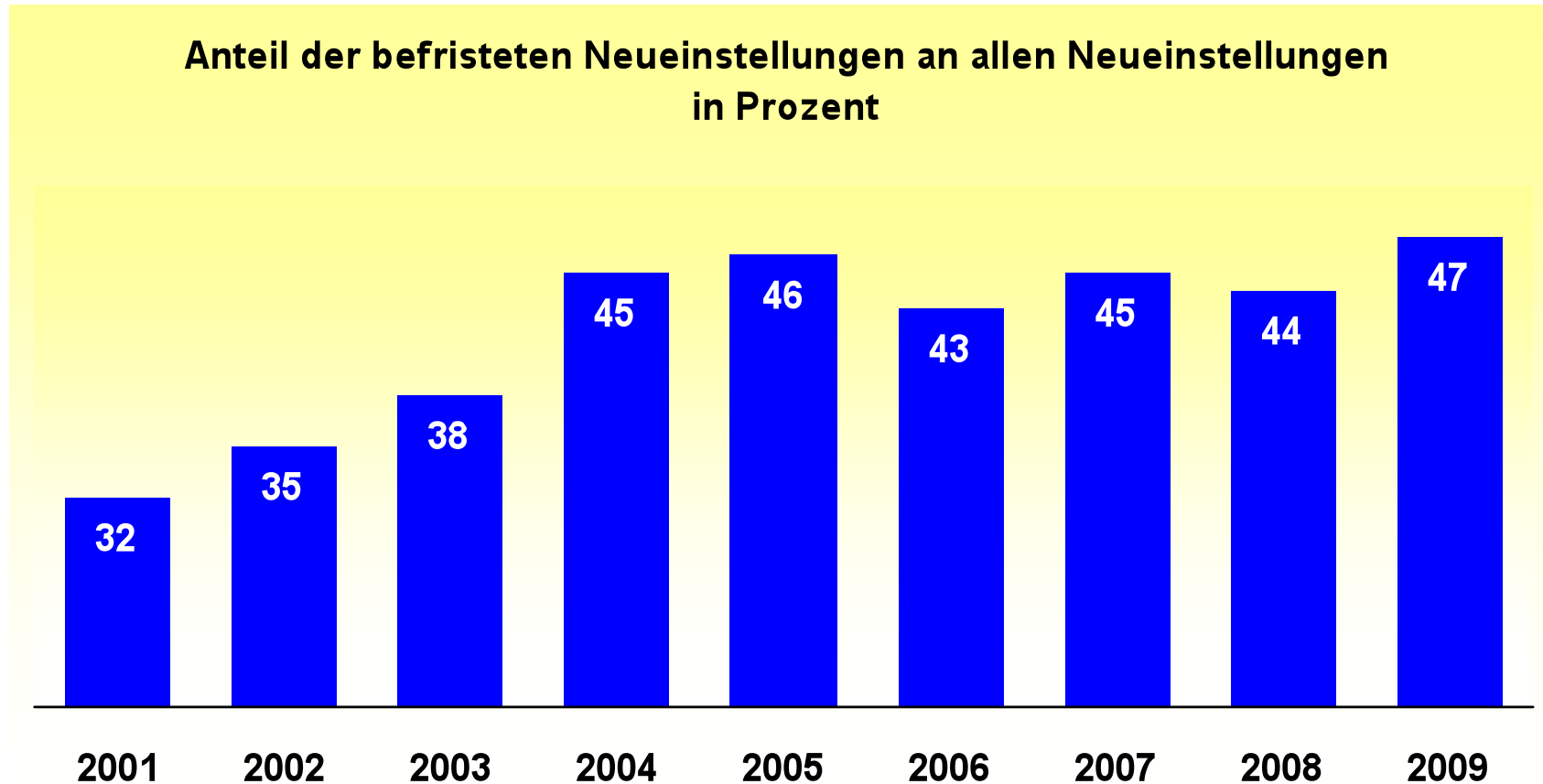
## •Regierung Schröder: ab 2002

- maximal erlaubte Überlassungsdauer wird von 12 auf 24 Monate ausgedehnt,

## •2003: Zeitarbeits-Änderungen durch Hartz I

- *Begrenzung der Überlassungshöchstdauer fällt weg,*
- *Synchronisationsverbot wird aufgehoben.*
- *Wiedereinstellungssperre wird abgeschafft.*
- *Gleichbehandlungsgrundsatz wird eingeführt (Equal pay) Ausnahme: ein anders lautender Tarifvertrag besteht.*
- *Sogenannte „christliche“ Gewerkschaften, schließen kapitalfreundliche Tarifverträge, unter den Standards der Tarifverträge der DGB-Gewerkschaften.*

# Fast die Hälfte aller Neueinstellungen sind befristet



•Quelle: IAB

## Niedriglohnschwellen und Anteil der Niedriglohnbeschäftigten 2008

		Getrennte Niedriglohnschwellen für Ost und West	Einheitliche Niedriglohnschwelle
<b>Niedriglohnschwelle (brutto pro Stunde)</b>		9,50 € (West) 6,87 € (Ost)	9,06 €
<b>Niedriglohnanteil</b>	Westdeutschland	20,8%	17,9%
	Ostdeutschland	20,1%	39,3%
	Deutschland	20,7%	21,5%
<b>Zahl der Niedriglohnbeziehenden absolut (in Millionen)</b>	Westdeutschland	5,52	4,75
	Ostdeutschland	1,04	2,03
	Deutschland	6,55	6,81

•Quelle: IAQ-Report 2010-06



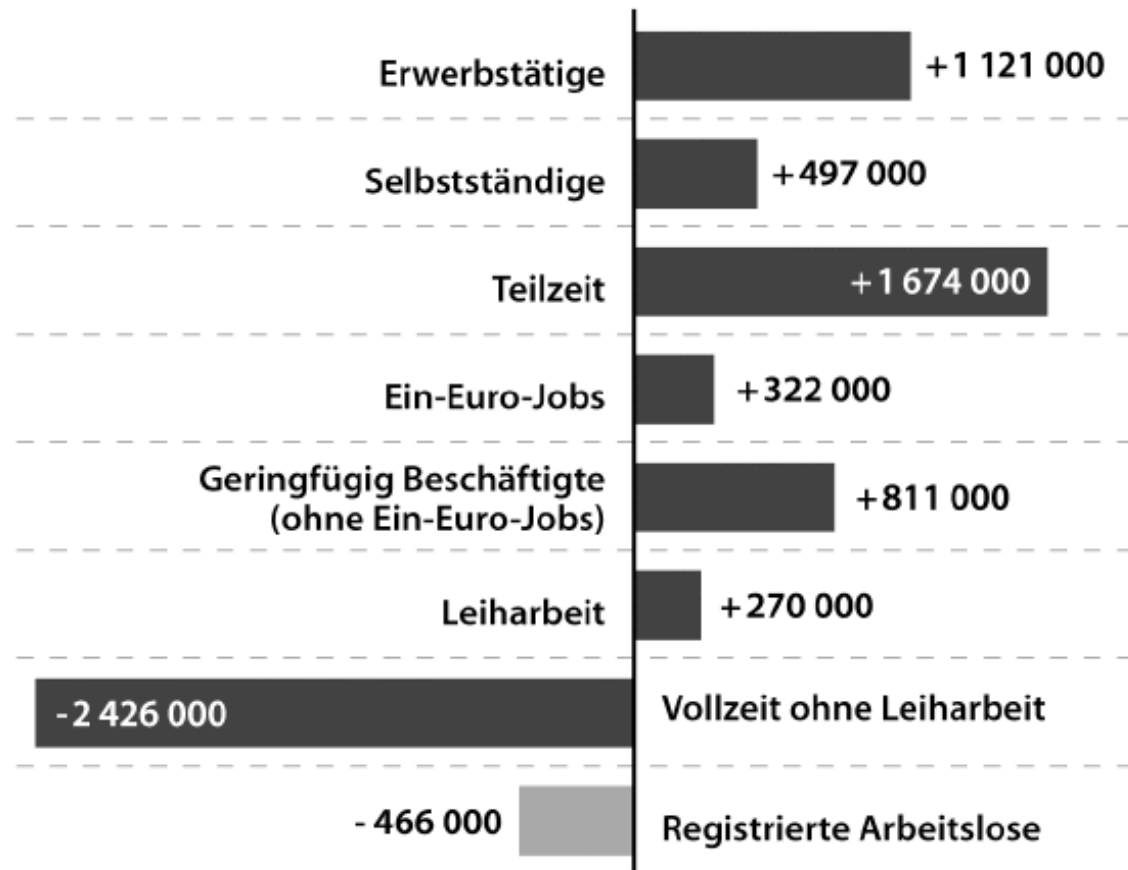
## Stundenlöhne im Niedriglohnbereich 2008

Stundenlohn	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland insgesamt	
	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil
unter 5 €	768.599	2,9%	372.903	7,2%	1.149.077	3,6%
unter 6 €	1.439.872	5,4%	660.269	12,8%	2.113.036	6,7%
unter 7 €	2.266.775	8,5%	1.110.604	21,5%	3.400.090	10,7%
unter 8 €	3.403.702	12,8%	1.537.600	29,8%	4.970.999	15,7%
unter 8,50 €	3.997.193	15,0%	1.802.376	35,0%	5.834.332	18,4%
8,50 € und mehr	22.571.416	85,0%	3.352.786	65,0%	25.889.439	81,6%

•Quelle: IAQ-Report 2010-06

## Mehr Beschäftigung – aber was für welche?

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2000 bis 2009



Quelle: IAB

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
SONDERMEMORANDUM 2010

Die Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik nach den Mustern „Hartz“ und AGENDA 2010 ist komplett gescheitert. Das viel zitierte „Wunder auf dem Arbeitsmarkt“ und die Rückkehr zur Vollbeschäftigung, die durch den Arbeitsminister der großen Koalition noch im Jahr 2008 prognostiziert wurde, fand nicht statt.

Die Zahl der Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen und Empfänger war 2009 mit über 4,9 Mio. praktisch genauso hoch wie 2005, dem Jahr der Einführung von Hartz IV.

Die vermeintlichen Rückgänge der Arbeitslosenzahlen spiegeln eine Realität wider, die durch prekäre und atypische Beschäftigungen gekennzeichnet ist.

# Arbeitszeitverkürzung ermöglicht das „German Job Wunder“

- ➔ Durch Kurzarbeit, Abbau von Überstunden, Rückführung von Arbeitszeitkonten, Beschäftigungssicherungsvereinbarungen und einen weiter gehenden Trend zur Teilzeitarbeit wurde die **Arbeitszeit je Arbeitnehmer im Durchschnitt um 43,5 Stunden oder um 3,2 Prozent verringert**. Davon entfielen 15,5 Stunden auf die Kurzarbeit.
- ➔ Auf diese Weise wurde das Vollzeitäquivalent von **1,2 Mio. Arbeitsplätzen gesichert**.
- ➔ Nicht nur durch die Verringerung des Arbeitsvolumens wurde Arbeitslosigkeit verhindert. Die Betriebe haben auch Beschäftigte gehalten, die sie von Auftragslage her nicht mehr benötigten.

## **Wie geht es nach der Krise weiter?**

- **Es bleibt alles, wie es war**
- **Alternativen**

# Arbeitsmarktdaten im Frühjahr 2010

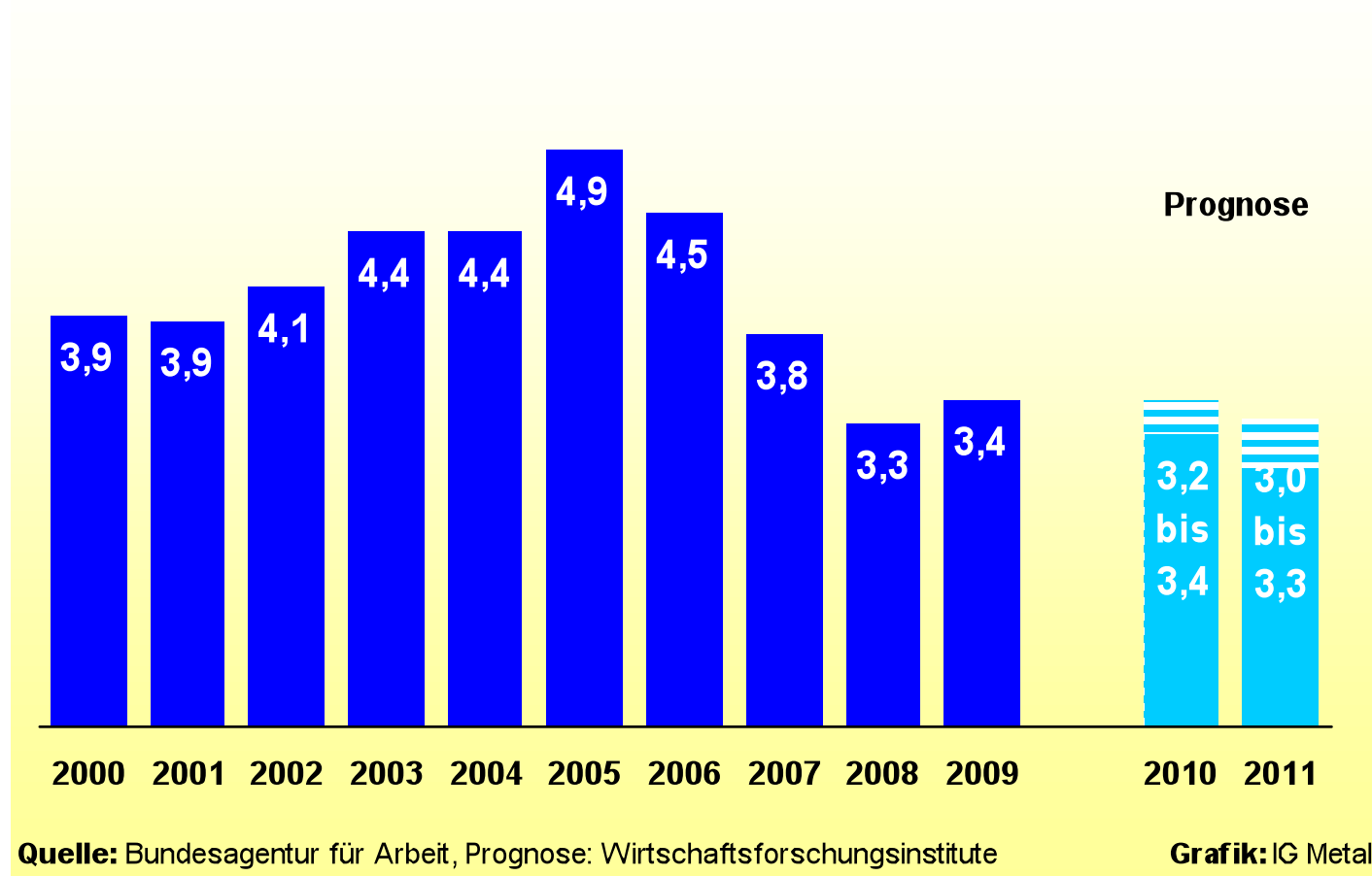
Berichtsmonat: Mai 2010

**Deutschland**

Merkmal	2010				Veränderung gegenüber Vorjahresmonat (Arbeitslosenquote Vorjahreswerte)			
	Mai	April	März	Februar	Mai		April	März
					absolut	in %	in %	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Erwerbstätigkeit</b>								
Erwerbstätige (Monatsdurchschnitt; Inland) <sup>1)</sup>	...	40.118.000	39.908.000	39.804.000	...	...	0,0	-0,2
Soz.-Verspfl. Beschäftigte (Bestand, geschätzt)	...	...	27.384.700	27.210.700	...	...	...	0,2
<b>Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III</b>								
- Bestand	3.241.529	3.406.344	3.567.944	3.643.381	-216.575	-6,3	-5,0	-0,5
dar.:								
54,5% Männer	1.767.954	1.882.988	2.023.920	2.076.925	-128.180	-6,8	-4,5	1,7
45,5% Frauen	1.473.575	1.523.356	1.544.024	1.566.456	-88.395	-5,7	-5,5	-3,2
9,5% 15 bis unter 25 Jahre	306.842	334.882	372.665	382.968	-59.817	-16,3	-13,4	-6,3
1,5% dar.: 15 bis unter 20 Jahre	48.938	52.628	58.292	59.609	-9.106	-15,7	-14,5	-9,9
28,7% 50 bis unter 65 Jahre	930.921	963.627	987.040	998.408	1.667	0,2	0,5	3,5
16,3% dar.: 55 bis unter 65 Jahre	529.711	543.999	552.022	554.687	28.747	5,7	6,0	8,9
15,5% Ausländer	502.653	521.987	533.146	541.699	-27.795	-5,2	-3,6	-0,2
84,3% Deutsche	2.732.654	2.877.489	3.028.408	3.095.255	-188.350	-6,4	-5,2	-0,5
5,4% schwerbehinderte Menschen*)	174.511	177.866	177.664	177.938	7.966	4,8	3,7	4,5

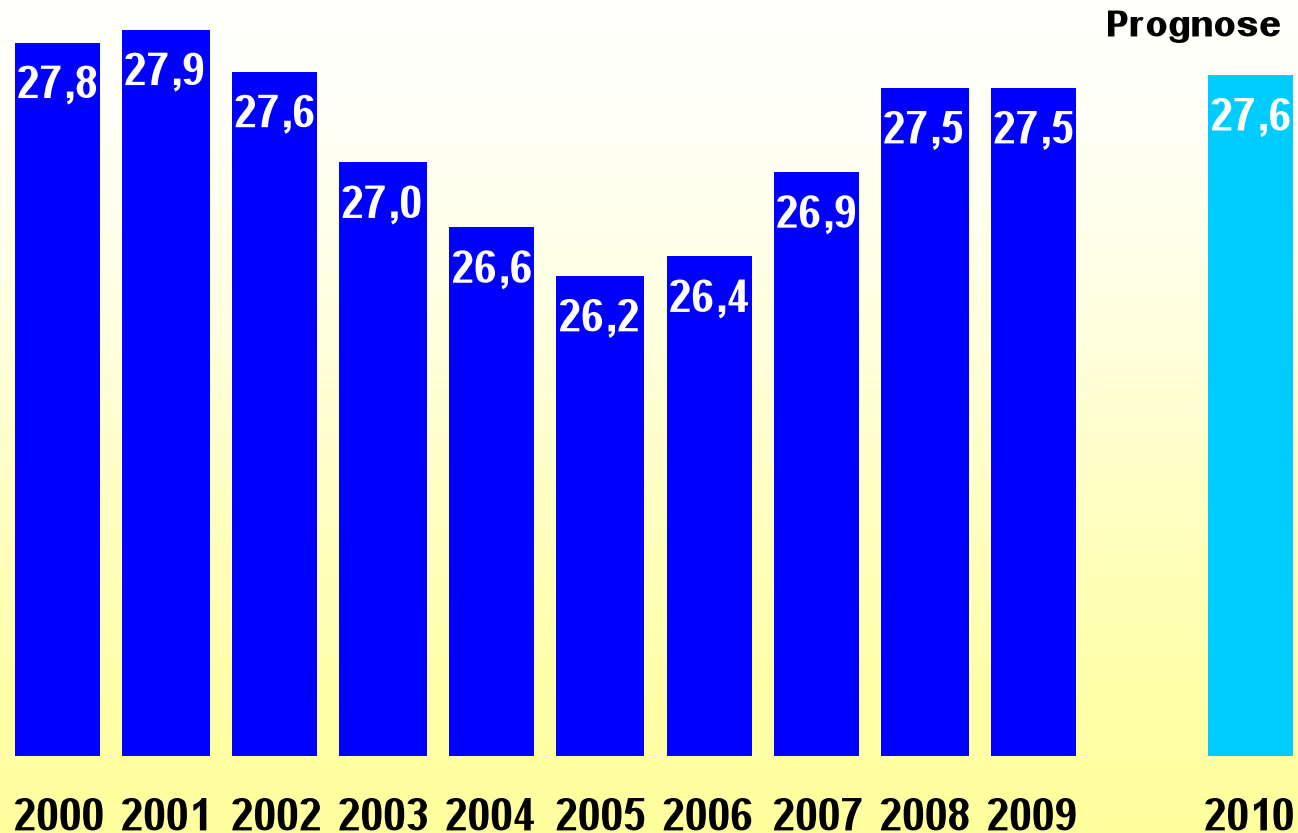
## Arbeitslosigkeit leicht rückläufig

Arbeitslose in Millionen



## Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

in Millionen



Quelle: IAB, Prognose 2010: IfW Kiel

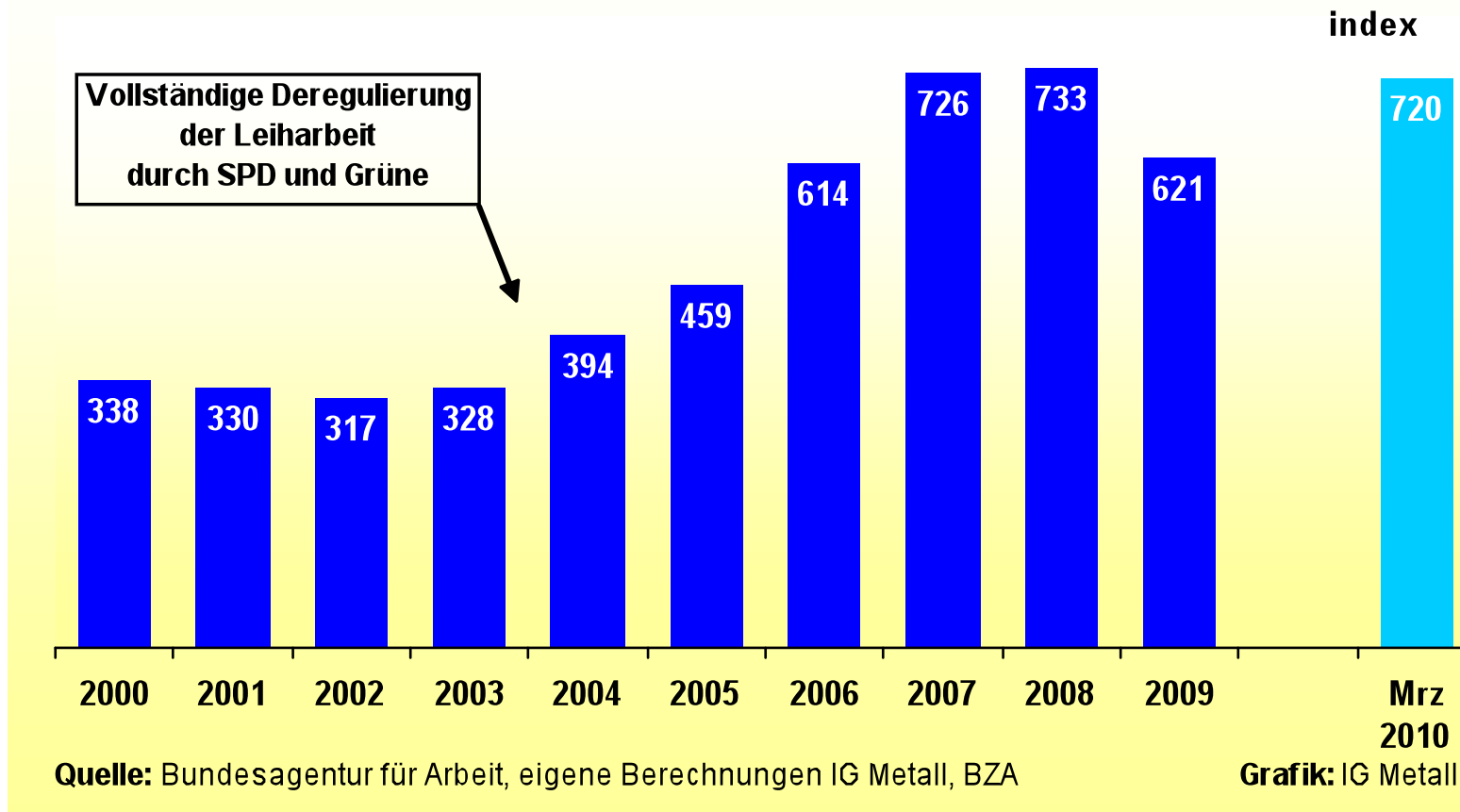
Grafik: IG Metall



## März 2010: Leiharbeit legt wieder zu

Leiharbeitende in der Gesamtwirtschaft (in 1.000)

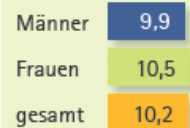
BZA-Zeit-  
arbeits-  
index



## Alltägliche Aktivitäten von SGB-II-Leistungsempfängern

Anteil der Personen, die folgenden Tätigkeiten nachgehen, in Prozent

### Ausbildung



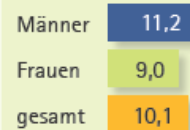
darunter:	M	F	G
Schule	5,0	5,3	5,2
davon: allgemeinbildend	4,2	4,6	4,4
berufsbildend	0,8	0,7	0,8
Studium	0,7	1,0	0,9
betriebliche Ausbildung	3,9	3,7	3,8
Ausbildung unbekannt	0,2	0,5	0,4

### Erwerbstätigkeit<sup>1)</sup>



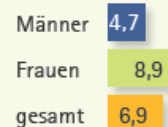
darunter:	M	F	G
20 Std./Woche und mehr	10,4	10,6	10,5
unter 20 Std./Woche <sup>2)</sup>	0,9	2,2	1,5
Mini-Job	16,4	18,0	17,2
Umfang unbekannt	0,1	0,1	0,1

### Maßnahme-Teilnahme



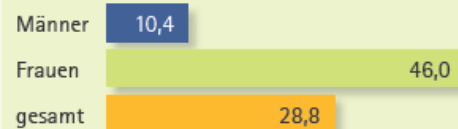
darunter:	M	F	G
beschäftigungsschaffend	6,4	3,4	4,9
Ausbildung/Umschulung mit Berufsabschluss	0,9	1,7	1,3
sonstige Qualifizierungsmaßnahmen	3,1	2,4	2,7
Sonstige	0,8	1,5	1,2

### Pflege anderer Person(en)



darunter:	M	F	G
20 Std./Woche und mehr	1,1	2,6	1,9
unter 20 Std./Woche	3,3	5,7	4,6
Umfang unbekannt	0,3	0,6	0,4

### Betreuung von Kind(ern)



darunter:	M	F	G
Kinder bis 7 Jahre (ohne Betreuungseinrichtung)	3,4	19,9	11,9

•Quelle: IAB Kurzbericht 15/2010

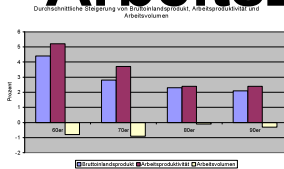
	ALG-II- Bezieher	Nicht- Bezieher	arbeitslose Nicht-Bezieher
Anteile in %			
<b>Arbeitsmotivation</b> (folgenden Aussagen stimmen die Befragten „voll und ganz zu“ und „eher zu“) <sup>1)</sup>			
„Arbeit ist nur ein Mittel, um Geld zu verdienen.“	55,1	45,4 ***	53,8
„Arbeit zu haben ist das Wichtigste im Leben.“	76,4	71,1 *	75,6
„Arbeit ist wichtig, weil sie einem das Gefühl gibt, dazuzugehören.“	86,1	88,1	86,8
„Ich würde auch dann gerne arbeiten, wenn ich das Geld nicht brauchen würde.“	80,1	78,4	77,8
<b>Konzessionsbereitschaft</b> (folgende Bedingungen würden die Befragten „auf jeden Fall“ und „eher“ in Kauf nehmen)			
Arbeitsweg von einer Stunde oder mehr	62,6	46,1 **	49,3
geringes Einkommen	43,4	40,6	53,8
ungünstige Arbeitszeiten	65,5	52,2 **	47,7 *
Arbeit, die unter dem fachlichen Können liegt	80,9	53,1 ***	74,8
Belastungen am Arbeitsplatz wie Lärm, Schmutz oder körperliche Anstrengung	69,8	67,5	63,4
Wechsel des Wohnorts	31,3	25,5	8,9 ***

•Quelle: IAB Kurzbericht 15/2010

- Das Weltbild der Ökonomen ist ins Wanken geraten – auch wenn in Deutschland davon noch nichts zu spüren ist.
- Das betrifft auch und gerade die Annahmen über den Arbeitsmarkt. Arbeitslose müssen nicht gefördert und gefordert werden, sie brauchen Stellen.
- Die Idee, es fehlen Anreize für eine Arbeitsaufnahme, ist empirisch nicht haltbar.

•Quelle: IAB Kurzbericht 15/2010

# Die Lücke zwischen Wachstum und Produktivität erfordert Arbeitszeitverkürzung

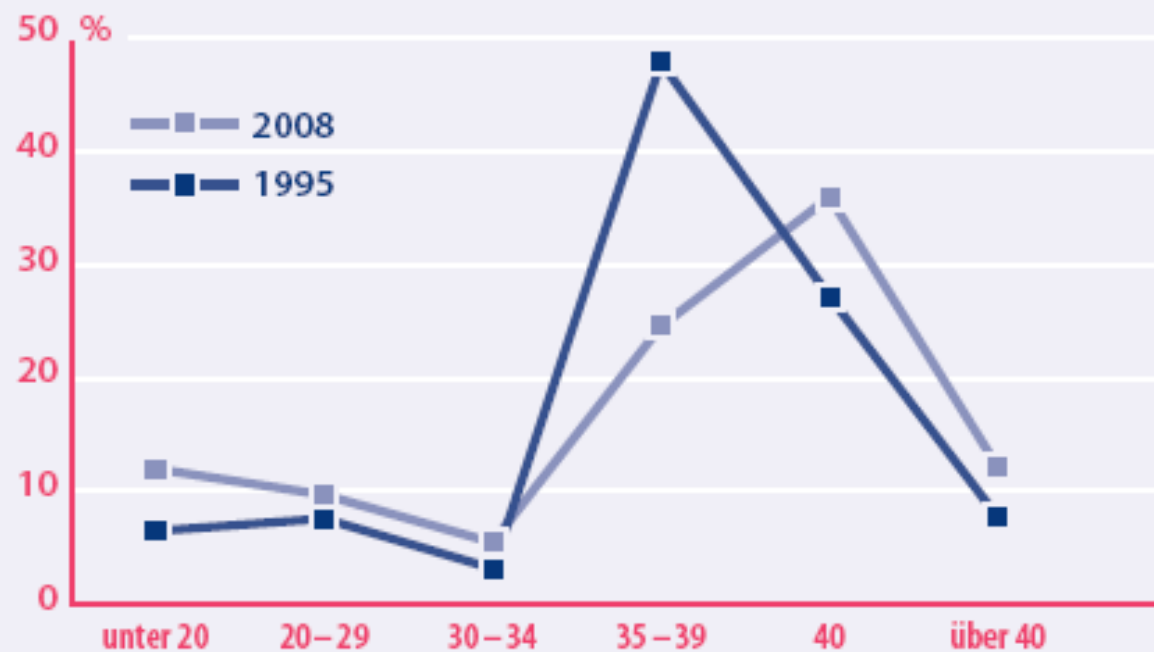


•Quelle: IAB Kurzbericht 15/2010

## Arbeitszeitverteilung nach Altersgruppen

Verteilung der tatsächlichen Wochenarbeitszeiten (abhängig Beschäftigte im Alter von 15 – 64 Jahren, Deutschland)

Stundenintervalle durchschnittliche gewöhnliche Arbeitszeit, Anteile in Prozent



Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe (ELFS);  
Berechnungen des Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

## **Grundsätze aktiver Arbeitsmarktpolitik**

- Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Problem, das durch Qualifikationsmaßnahmen und Repressionen gelöst werden kann.
- Die Förderung bei Arbeitslosigkeit muss zu einem individuell einklagbarem Recht werden.
- Arbeitslose brauchen ein Transfereinkommen, das sie vor Armut schützt und ihnen eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht
- Die Qualifikation und das Einkommensniveau von Beschäftigten sind im Falle der Arbeitslosigkeit zu schützen. Ein Arbeitsloser darf nicht dazu gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen.
- Die Bundesagentur für Arbeit muss finanziell in die Lage versetzt werden, diese Grundsätze zu ermöglichen. Der derzeitige Betragssatz von 2,8 Prozent sichert keine ausreichende Finanzierung. Auch die Gewährträgerhaftung der Bundesregierung ist wieder einzuführen.

## **Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig**

- Im langfristigen Trend steigt die Produktivität stärker als die Wirtschaftsleistung. Bis Mitte der siebziger Jahre wurde dies durch die Verkürzung der Arbeitszeit aufgefangen. Danach kam dieser Prozess zum Stillstand. Folge: Heute bewerben sich 69 Prozent mehr Menschen um das gleiche Arbeitsvolumen als 1960.
- Auch wenn eine nachfrageorientierte Makropolitik das Wachstum stimuliert, ohne Arbeitszeitverkürzung ist die Erreichung von Vollbeschäftigung undenkbar.
- Die durch die „Reformpolitik“ praktizierte Arbeitszeitverkürzung geht zu Lasten der Beschäftigten. Vor allem Frauen in Dienstleistungsberufen sind betroffen. Das ist keine sinnvolle Perspektive.
- Die Krise bietet die Chance, die Debatten um Arbeitszeitverkürzung neu zu beleben.



# Investitionsprogramm als Alternative

Deutschland braucht ein zukunfts- und leistungsfähiges Bildungssystem. Gerade hier gibt es erhebliche Defizite. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert Mehrausgaben von 30 Milliarden Euro jährlich für Bildung.

<b>➤ Bildungsausgaben:</b>	<b>30,0 Milliarden Euro</b>
Kindertagesstätten	12,0 Milliarden Euro
Berufsausbildung	0,5 Milliarden Euro
Hochschulen	6,0 Milliarden Euro
Weiterbildung	7,5 Milliarden Euro

# Investitionsprogramm als Alternative

## Andere Felder für zusätzliche öffentliche Investitionen:

- **Kommunale Infrastruktur: 20,0 Milliarden Euro**
- **Bahninfrastruktur: 15,0 Milliarden Euro**
- **Kultur: 5,0 Milliarden Euro**
- **Forschung: 5,0 Milliarden Euro**
- **Ökologische Umgestaltung  
Unternehmen: 5,0 Milliarden Euro**

# Investitionsprogramm als Alternative

**Die neue Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik darf nicht auf die Kurzarbeit beschränkt bleiben.**

➡ **Öffentlicher Beschäftigungssektor: 18 Milliarden Euro**

Die Beschäftigung soll durch öffentliche Programme auch direkt erhöht werden. Die Arbeitsbedingungen müssen tarifgerecht ausgestaltet sein.

➡ **Anhebung Alg. II auf 450 Euro: 17 Milliarden Euro**

Die Erhöhung ist nur der erste Schritt. Die Mittel werden von den betroffenen vollständig konsumiert werden und so die Binnennachfrage stimulieren. Auch die Bezugsdauer von Alg. I muss verlängert werden.